

13.479 Klarstellung der langjährigen Praxis beim Meldeverfahren bei der Verrechnungssteuer

**Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative
Fragebogen**

1.	Besteht in Ihren Augen Gesetzgebungsbedarf in Bezug auf das Anliegen der parlamentarischen Initiative Gasche?
Antwort	Mit der Pa. Iv. Gasche soll eine bewährte Praxis geändert und eine Sonderbehandlung eingeführt werden, einfach weil die Konzerne die Frist von 30 Tagen nicht einhalten wollen. Bei der 30-tägigen Deklarationsfrist hat es sich schon immer um eine Verwirkungsfrist gehandelt und somit liegt durch den Bundesgerichtsentscheid vom 19. Januar 2011 auch keine Praxisänderung vor.
2.	Welche der in den Artikeln 16 und 20 VStG vorgesehenen neuen Regelungen bevorzugen Sie?
Antwort	Die SP unterstützt den Antrag der Minderheit, weil sie verhindern will, dass die Deklarationspflicht ausgehebelt wird durch eine beliebig erstreckbare Frist. Die SP anerkennt indes die in der Pa. Iv. monierte kurze Frist und würde eine Verlängerung von 30 auf 90 Tage unterstützen. Aus Gründen der Gleichbehandlung der Steuerpflichtigen soll aber die Ausweitung der Fälligkeit sowohl für die Anwendungsbereiche des Meldeverfahrens als auch für die Fälle der Barentrichtungen gelten.
3.	Sind Sie für eine Inkraftsetzung der neuen Regelung mit oder ohne Rückwirkung (vgl. Antrag der Minderheit II)?
Antwort	SP lehnt klar jegliche Rückwirkung ab, weil dies nach dem Grundsatz der Rechtsicherheit und dem Rechtsstaatsprinzip sehr heikel ist.
4.	Falls eine Inkraftsetzung <u>mit Rückwirkung</u> beschlossen wird, welche Regelung bevorzugen Sie?
Antwort	Wird eine Inkraftsetzung mit Rückwirkung beschlossen, so würde die SP die gemässigte Variante der Mehrheit jener der Minderheit I vorziehen.
5.	Befürworten Sie die Einführung einer Eingangsbestätigung (vgl. Kap. 2.6 des erläuternden Berichts)?
Antwort	Die SP befürwortet aus praktischen Überlegungen die Einführung einer Eingangsbestätigung.